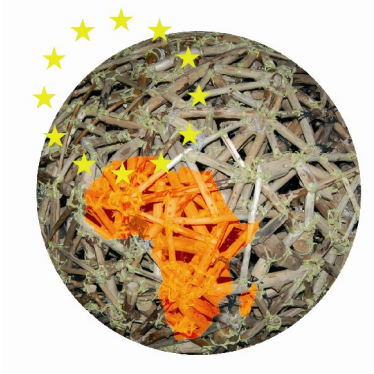


**AFRIKAS PERSPEKTIVE –
EUROPAS POLITIK**

Das VENRO-Projekt zur
deutschen EU-Ratspräsidentschaft



Zivile Konflikttransformation und Friedensförderung eine Herausforderung für die europäisch-afrikanische Politik



Ein Fachgespräch im Rahmen des
Internationalen Forums der
Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung - GKKE

Reformpartnerschaft mit Afrika

am 26. und 27. April 2007
in Berlin

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)
Joint Conference Church and Development



Herausgeber:
Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.
Ulrich-von-Hassell-Strasse 76
D – 53123 Bonn, Germany
Fon: +49-(0)228-8101-0
Fax: +49-(0)228-8101-160
www.eed.de

Text: Barbara Müller, Jürgen Hambrink, Wolfgang Kaiser, Wolfgang Heinrich

August 2007

Diese Dokumentation wurde als Teil des VENRO-Projekts "Afrikas Perspektive - Europas Politik" erstellt. Das Projekt ist eine kritisch-konstruktive Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft durch entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen aus Afrika und Deutschland.

Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hergestellt. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein der Evangelische Entwicklungsdienst verantwortlich. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union noch des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angesehen werden.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Fachgespräch

"Zivile Konflikttransformation und Friedensförderung - eine Herausforderung für die europäisch-afrikanische Politik"

im Rahmen des Internationalen Forums

"Reformpartnerschaft mit Afrika"

der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

am 26. April 2007 in Berlin *

Inhalt

Vorwort.....	1
Zivile Potenziale zur Krisenprävention und Konfliktlösung.....	3
Diskussion.....	6
Zwischen Heiligendamm und Lissabon - von Gipfelrhetorik und den Mühen der Ebene.....	8

* In der vorliegenden Broschüre wird das Fachgespräch vom 26. April 2007 "Zivile Konflikttransformation und Friedensförderung" dokumentiert, das im Rahmen des gemeinsam von der GKKE und dem EED veranstalteten Internationalen Forums "Reformpartnerschaft mit Afrika" am 26. und 27. April 2007 in Berlin durchgeführt wurde. Eine Gesamtdokumentation des Internationalen Forums, die auch die Redebeiträge enthalten wird, ist in Vorbereitung. Sie wird in der Publikationsreihe der GKKE veröffentlicht werden.

Fachgespräch

"Zivile Konflikttransformation und Friedensförderung - eine Herausforderung für die europäisch-afrikanische Politik"

im Rahmen des Internationalen Forums "Reformpartnerschaft mit Afrika"
der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) am 26. April 2007 in Berlin

Vorwort

Hoch gespannt waren die Erwartungen an die deutsche Entwicklungspolitik in den ersten sechs Monaten des Jahres 2007. Den Anlass dafür gab der Vorsitz Deutschlands in der Gruppe der G8, verbunden mit der Rolle des Gastgebers beim Gipfel in Heiligendamm, sowie die zeitgleiche Präsidentschaft Deutschlands im Europäischen Rat.

Zahlreiche Initiativen von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen knüpften an diese doppelte Führungsrolle Deutschlands an; es entfaltete sich eine breite Debatte über aktuelle Fragen der Nord-Süd-Beziehungen. In der Reihe dieser Aktivitäten stand auch das Internationale Forum „Reformpartnerschaft mit Afrika“, das die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) im April 2007 in Kooperation mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) durchführte und das sich zugleich als Beitrag zum VENRO-Projekt zur deutschen EU- Ratspräsidentschaft verstand.

Das Forum verfolgte das Ziel, Afrika einen gebührenden Platz auf der Agenda der EU Ratspräsidentschaft und des G8-Gipfels in Heiligendamm zu verschaffen. Es ging aber nicht darum, dass sich der G8-Gipfel überhaupt mit Afrika befassen sollte, – dafür sorgte schließlich seit 2003 das "Africa Partnership Forum", das die afrikanische Initiative der "New Partnership for Africa's Development" (NEPAD) mit dem G8-Afrika Aktionsplan verknüpft und alle zwei Jahre dem G8-Gipfel berichtet. Die GKKE und der EED waren vielmehr gemeinsam mit ihren afrikanischen Partnern ausdrücklich daran interessiert, dass Heiligendamm über die reguläre Befassung hinaus zu einem „Afrika-Gipfel“ werden sollte, der die im Zusammenhang mit der „New Partnership for Africa's Development (NEPAD)“ entwickelten Beschlüsse weiterführte. Kein neues, womöglich mit NEPAD konkurrierendes Aktionsprogramm, sondern die klare Ausrichtung des Handelns der G8-Staaten auf Afrikas Reformprozesse und die von afrikanischer Seite gesetzten Prioritäten sollte den Gang der Beratungen bestimmen.

Von Heiligendamm erwartete die Konferenz, dass die Erfüllung bisheriger Zusagen überprüft und übernommene Verpflichtungen bestätigt werden. Darüber hinaus musste es darum gehen, notwendige nächste Schritte zu identifizieren, nicht zuletzt, um die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen zu können. „Enhanced partnership“ verspricht der G8-Afrika-Aktionsplan den reformbereiten Staaten Afrikas, ohne dass diese Vorgabe bislang mit Leben erfüllt worden wäre. Dabei ist es an der Zeit, über einzelne Hilfszusagen hinaus zu systemischen Formen der Zusammenarbeit zu kommen. Klare Aussagen wurden auch zur Gestaltung der Friedens- und Sicherheitspartnerschaft erwartet, bei der es den Kirchen und kirchlichen Werken vor allem um die Stärkung der zivilen Potentiale zur Krisenprävention und Konfliktlösung geht.

Die Konferenz bestätigte in eindrucklicher Weise die Tragfähigkeit der NEPAD-Initiative mit

ihrem Kernstück der „Peer Reviews“ für eine neue politische Praxis in den Ländern Afrikas. Dass die sich daraus ergebenden Anfragen an Heiligendamm für eine vertiefte Partnerschaft dort nur teilweise Antworten fanden, wird beim Rückblick auf den Gipfel nur zu deutlich. Das sollte jedoch vor allem Anlass sein, nach weiteren Gelegenheiten Ausschau zu halten, um die intendierte Partnerschaft voran zu bringen. Das Africa Partnership Forum selbst bietet dazu Chancen, zumal es sich im Vorfeld von Heiligendamm erstmals für eine breite Partizipation von Nichtregierungsorganisationen aus Afrika und den OECD-Ländern geöffnet hat und es gute Chancen gibt, dass diese Praxis fortgesetzt wird.

Darüber hinaus ist es der von der Afrikanischen Union (AU) und der Europäischen Union für Ende 2007 in Lissabon während der portugiesischen EU-Präsidentschaft angestrebte EU-Afrika-Gipfel, mit dem sich weitere Chancen einer auch qualitativ neuen Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika verbinden. Zur Diskussion wird dabei unter anderem die Kooperation auf dem Gebiet von Frieden und Sicherheit stehen, die – prominenter als in Heiligendamm – in der EU-Afrika-Strategie weit oben rangiert. Insofern führt der Weg von Heiligendamm nach Lissabon.....

.... und sicherlich noch weiter.

Berlin / Bonn, im August 2007

Zivile Potenziale zur Krisenprävention und Konfliktlösung

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), der evangelisch-katholische Arbeitsverbund zur Entwicklungszusammenarbeit, und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) veranstalteten am 26. und 27. April 2007 das Internationale Forum „Reformpartnerschaft mit Afrika“ in der Katholischen Akademie in Berlin. Kurz vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm sollten, so pointierte der Katholische Vorsitzende der GKKE, Prälat Dr. Karl Jüsten das Ziel des Forums, insbesondere die "positiven Entwicklungen... und die darin liegenden Chancen für eine Reformpartnerschaft mit Afrika" in den Mittelpunkt gerückt werden. Die doppelte Führungsrolle der Bundesregierung in der Präsidentschaft des Europäischen Rates und als Gastgeberin des G8-Gipfels bot ihr nach Ansicht der GKKE und des EED besondere Chancen, die Reformpartnerschaft mit Afrika entscheidend voran zu bringen.

Das Fachgespräch

Von Dr. Corinna Hauswedell, der Studienleiterin Internationale Politik und Konflikte der Evangelischen Akademie Loccum, moderiert, diskutierten Reverend Oliver Kisaka Simiyu, der stellvertretende Generalsekretär des National Council of the Churches of Kenya (NCCK), Dr. Bernhard Moltmann, Gastforscher bei der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und der Vorsitzende der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE, Oberstleutnant Charles Orlianges vom Führungsstab der Streitkräfte im Verteidigungsministerium sowie der Bundestagsabgeordnete Dr. Christian Ruck, der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU Fraktion. Die Teilnehmenden an der Veranstaltung kamen überwiegend aus dem Bereich der Entwicklungspolitik und der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, aber auch von Medien, Universitäten, aus Ministerien und Parlament. Ebenso waren einige Botschaften afri-

kanischer Länder vertreten.

Zentrale Thesen

In seiner Eröffnungsrede zu dem Internationalen Forum "Reformpartnerschaft mit Afrika" der GKKE hatte Bischof Paul Bemile von der Katholischen Diözese von Wa (Ghana), der auch Mitglied der "National Peer Review Commission" des "African Peer Review Mechanism" (APRM) in Ghana ist, die Verantwortung und Entschlossenheit der Afrikaner unterstrichen, eigene Lösungen zu entwickeln, um den eigenen Kontinent auf den Entwicklungspfad zu bringen. "Die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) versucht genau das! NEPAD ist eine Vision und ein strategischer Rahmen, der von Afrikanern erdacht wurde, der ihnen gehört und der von ihnen organisiert wird, um die Lebensbedingungen von Afrikanerinnen und Afrikanern zu verbessern."

Oliver Kisaka Simiyu aus Kenia knüpfte an Paul Bemiles Plädoyer für die Anerkennung afrikanischer Initiativen an, als er den African Peer Review Mechanism als eines von den vor Ort entwickelten Instrumenten beschrieb, "die vermutlich großen Wandel in Afrika bewirken können." Solche innergesellschaftlichen Diskussionsprozesse und Beobachtungsinstrumente brauchten jedoch kraftvolle und kompetente gesellschaftliche Akteure wie es der National Council of Churches in Kenia darstellt.

Oliver Kisaka legte den Schwerpunkt seines Beitrags auf Erfahrungen der Konfliktbearbeitung durch zivilgesellschaftliche Akteure in afrikanischen Ländern: "Die 44 ethnischen Gruppen, die heute in Kenia zusammenleben, haben nie zusammen gesessen und sich damit einverstanden erklärt, dass sie mit dem Resultat der Grenzziehungen unter dem Namen 'Kenia' etwas zu tun haben wollten." Während andere Länder Jahrhunderte Zeit hatten, um ihre gesellschaftlichen und politischen Systeme zu ent-

wickeln, sei Afrika diese Zeit nicht gewährt worden. "Wir sollten anerkennen," so resümierte er, "dass in den letzten 45 Jahren die verschiedenen ethnischen Gruppen miteinander gerungen haben und versucht haben herauszufinden, was das beste System ist, sich selbst zu organisieren."

Währenddessen sei Afrika in ein sehr weit entwickeltes internationales Umfeld eingebunden gewesen. "Bevor Afrikaner den Wert von Diamanten kannten, wussten das schon andere! (...) Sie kamen nach Afrika, angeblich um es zu entwickeln, und ließen die Afrikaner - was diese erst viel später herausfanden - Verträge unterschreiben, die sie für 100 Jahre banden, in denen ihr Gold woandershin verbracht wurde."

Vor diesem Hintergrund sei der Kontext von Konfliktbearbeitung, in dem der NCK seit der Unabhängigkeit Kenias arbeitet, sehr umfassend: "Wir haben im Land die Frage von ethnischer Vielfalt und von interethnischen Auseinandersetzungen. Dann haben wir die Frage der Armut und des Bevölkerungswachstums all das ist 'Konflikt' auf verschiedene Weise. Was hat der NCK gemacht? Er hat Bildungsarbeit gestartet, Advocacy bei der Regierung betrieben oder Hilfe organisiert. Wann immer der NCK den Eindruck hatte, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre eigene Verantwortung nicht wahrnahmen, hat er mit Bildungsarbeit begonnen". Neben Bildung hielt Oliver Kisaka eigene Forschungskapazitäten in Afrika für zentral, damit dort ein eigenes Selbstverständnis und eine eigene Orientierung entstehen könnten.

Eine erste europäische Perspektive brachte Bernhard Moltmann ein. Er reflektierte eher als im kirchlichen Bereich engagierter Friedensforscher mit dem Blick "von außen" kritisch die Rolle der Kirchen und das, "was kirchliche Organisationen, kirchliche Werke und Verbände tun". Insbesondere hob er die Motivation, die Konkretheit und die Reflexivität kirchlicher Arbeit hervor. Zur Rolle der Religion als Konfliktfaktor verwies er auf die "Ambivalenz des Heiligen", die er übertragen auf Konflikte so zusammenfasste: "Die Religionen sind zwar Sachwalter kollektiver Gefühlswelten, emotionaler Haushalte, und insofern sind sie offen

für die Instrumentalisierung durch anders geregelte, anders gesteuerte Interessen. Aber selber auslösen tun sie die Konflikte nicht, und sie bergen, wie wir aus der Versöhnungsgeschichte wissen, auch die Potenziale, um Gewalt und Konflikt zu überwinden."

Charles Orlianges, von der französischen Armee für drei Jahre in den Führungsstab der Streitkräfte im Bundesverteidigungsministerium entsandt, hob die Bedeutung von Dialog und Vertrauen zwischen Zivilgesellschaft und Militär hervor. Sie seien "zentral ... für Erfolg von Krisenprävention, von Krisenlösungen", betonte er. Er beschrieb die zivile und militärische Unterstützung aus Europa für die afrikanischen Fähigkeiten zum Peacekeeping und die Versuche, in Afrika Vertrauen zum Militär aufzubauen. Dort seien die Militärs "vor Ort nicht nur, wie wir hier in Europa davon ausgehen, Teil der Lösung, sondern manchmal auch Teil des Problems".

Christian Ruck teilte die Analyse der historischen Entwicklung seiner afrikanischen Vorredner: "Afrika hat keine Zeit gehabt, etwas herauszubilden, so wie wir in Europa, die wir ja auch unheimlich lange Zeit gebraucht haben, mit so viel Blutvergießen, bis sich da etwas als Kultur, als institutionelles Gewissen oder was auch immer stabilisiert hat." In der Konsequenz sei Afrika etwas übergestülpt worden, das häufig nicht passe. Während er NEPAD anfangs kritisch gegenüberstand, habe er sich auf einer Reise in Ghana davon überzeugt, "dass es wirklich ein lebendiges demokratisches Spiel unter Afrikanern ist." Entscheidend für den Erfolg sei für ihn, "wenn es dabei bleibt, dass die Afrikaner nachdenken, mit Lösungsvorschlägen kommen und sich nicht vor diesen Lösungen drücken, wie in Simbabwe und Darfur." Als "Kontrollmechanismus, als Push-Mechanismus" dafür, "damit eine afrikanische Demokratie wirklich von unten her entsteht und sich auch halten kann", ist für Christian Ruck "eine funktionierende Zivilgesellschaft mit wirklich kritisch konstruktiven Menschen ganz wesentlich". Dies zu erkennen, sei für ihn ein "Lernprozess" gewesen. Als zentrale Herausforderung für Europa skizzierte Christian Ruck dagegen Fragen der Strategieentwicklung

auf überstaatlicher Ebene bei komplexen Themen: "Und wenn es um Rohstoffpolitik in Afrika geht, reicht auch eine europäische Strategie überhaupt nicht mehr aus, sondern dann brauchen wir einen gemeinsamen Verhaltenskodex mit anderen westlichen

Nationen einerseits, aber auch mit neuen Spielern andererseits, weil schon von den Gebernationen eine die andere ausspielen kann. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen."

Diskussion

Nachfragen aus dem Publikum griffen das Spannungsfeld von Sicherheit und Entwicklung auf und vertieften Aspekte von zivil-militärischer Zusammenarbeit, insbesondere die Spannung von Nähe und Distanz in der Interaktion zwischen Militärs und zivilen Akteuren. Charles Orlianges beschrieb die Veränderungen, die er bei verschiedenen Akteuren in den letzten Jahren wahrgenommen habe. Es seien nicht nur "die Militärs, die sich ändern und sich mehr an Frieden, Stabilität orientieren", sondern "im Rahmen der Entwicklungspolitik hat man jetzt auch verstanden und begriffen, dass ohne Stabilität und Frieden keine Entwicklung möglich ist". Die Voraussetzung einer tragfähigen Entwicklung sei "eine Zusammenarbeit zwischen zivilen Stellen und Militär in der westlichen Community, aber auch vor Ort. Es ist notwendig, dass man sich mehr abstimmt mit den Projekten."

Innerhalb der EU habe der Zwang zur Einstimmigkeit und Abstimmung im außenpolitischen Bereich nationale Politiken nicht unbeeinflusst gelassen, betonte Charles Orlianges: "Es gibt Druck auf die Nationen, wenn sie isoliert sind. Es ist im Interesse aller Europäer, dass wir gemeinsam handeln, und das spürt man ganz deutlich." Insbesondere Staaten ohne koloniale Vergangenheit orientierten sich an den Werten der europäischen Gemeinschaft: "Das bereichert und da hat man eine EU-Position, die eine Zusammenfassung der besten Seiten der europäischen Politiken für Afrika ist."

Oliver Kisaka bestätigte aus seiner Sicht, dass Regierungen in Afrika dazu neigen, auf Probleme militärisch oder mit Sicherheitsinstrumenten zu reagieren. Konflikte seien aber nicht nur ein Sicherheitsproblem, sie seien in erster Linie soziale, psychologische, emotionale, menschliche Prozesse. Regierungen neigten jedoch dazu, Probleme unter dem Aspekt der Gesichtswahrung zu behandeln und zu versuchen, diese schnell auszutreten und zu unter-

drücken. Aber eine dauerhafte Bewältigung eines Konflikts oder eines gesellschaftlichen Problems erfordere Veränderungen von Einstellungen und Haltungen, es erfordere Heilung und Vergebung. "Diese Dimensionen begleiten das Leben der Menschen und darum ist es so wichtig, die menschlichen und die religiösen Aspekte aufzugreifen." Hier hätten zivilgesellschaftliche Akteure wie die Kirchen Vorteile, die staatliche Akteure oft jedoch nicht wirklich ernst nehmen würden. "Es ist also wichtig, dass die Antworten für Afrika tatsächlich aus Afrika sind. Wenn Afrika seine Einstellung, sein Denken ändern kann, dann kann es stabile Länder entwickeln, die - wenn wir über Partnerschaft reden - wirkliche Partner sind. Denn manchmal habe ich den Eindruck, es wird zwar über Partnerschaft geredet, aber es ist eigentlich eine Beziehung zwischen dem Patron und seiner Klientel."

Andere Fragen zielten auf die aktuelle Situation in Kenia, mit neuen gewaltsamen Konflikten und den Gefährdungen der Demokratie vor der anstehenden Parlamentswahl. Oliver Kisaka erläuterte, wie seit den letzten Wahlen die Fixierung der Wählerschaft auf die alleinige Loyalität zu ihrer jeweiligen ethnischen Gruppe allmählich nachließ, so dass dadurch neue Möglichkeiten entstanden. Die Wählerinnen und Wähler erlebten, dass die Gewinner von Wahlen nicht nur für ihre eigene Herkunftsgruppe sorgten, sondern für die Bürgerschaft als Ganzes. Dies sei einschneidenden Reformen der neuen Regierung zu verdanken. Zum akuten Konflikt am Mt. Elgon in Westkenia berichtete er von einer kürzlich unternommenen Erkundung des NCKK in die betroffene Region. Nach der Analyse der Dimensionen des Konflikts überlege der NCKK nun, welches seine Konflikt schlichtende Rolle in dieser Situation sein könne. Es gebe keine Blaupausen, auf jede Situation müsse eine angemessene Antwort entwickelt werden. Am Beispiel dieses Konfliktes erläuterte er, wie unterschiedlich Regierungen und Nichtregie-

rungsorganisationen darauf reagierten: "Viele Dinge begleiten das Leben der Menschen und deswegen kommen die religiösen Organisationen immer wieder zur Regierung und sagen 'Ihr müsst uns erlauben, die religiöse Dimension aufzugreifen, die Dimension der Reaktionen im sozialen Bereich, die psychologische Dimension'. Regierungen betrachten diese Themen nicht in derselben Weise wie zivilgesellschaftliche Organisationen. Religiöse Organisationen sehen es als eine Frage des Schutzes von Menschen und der Heilung der Betroffenen."

Dem pflichtete Christian Ruck bei als er sagte: "Ich glaube, dass da die Zivilgesellschaft ganz wichtig ist, und damit - gerade auch in Afrika -

die Kirchen. Dafür meine volle Rücken-
deckung."

In Bezug auf die Rolle der Kirchen wurde schließlich kritisch hinterfragt, ob diese wirklich allein mit Menschen und nicht auch mit Machtapparaten umgehe. Am Beispiel Somalias wurde die Gefahr skizziert, dass Kirchen schnell als parteiisch gesehen würden. Hier warnte Bernhard Moltmann davor, komplexe Konfliktsituationen zu schnell in das einfache - aber unpassende - Schema des religiösen Konfliktes zu pressen. In konkreten Konfliktsituationen jedoch sei die Stimme der Kirchen oft zu leise, konzidierte er.

Zwischen Heiligendamm und Lissabon - von Gipfelrhetorik und den Mühen der Ebene

In direkten Ergebnissen schlug sich die in zahlreichen Reden vor dem G8 Gipfel in Heiligendamm beschworene besondere Aufmerksamkeit für Afrika nur bedingt nieder. Von einem "Gipfel der Unverbindlichkeiten!" sprach danach VENRO, der Bundesverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen, in seiner Presseerklärung. Unter anderem beklagte er, dass die zentrale Rolle von einheimischen Nichtregierungsorganisationen bei Fortschritten in Afrika im Schlussdokument keine Erwähnung fand. Damit fehle es weiterhin an den "dringend benötigten zusätzlichen Handlungsspielräumen für die afrikanische Zivilgesellschaft". Dieser Befund trifft auch auf die Ergebnisse der deutschen EU-Ratspräsidentschaft weitestgehend zu.

Afrika hat in Heiligendamm öffentliche Aufmerksamkeit gefunden – insoweit war der Gipfel durchaus erfolgreich. Afrikanische Staats- und Regierungschefs waren, wenn auch unter starken zeitlichen Restriktionen, zum Gespräch geladen. Das Schlussdokument von Heiligendamm signalisiert fortdauerndes Engagement der G8 für Afrika. Allerdings sind die Aussagen über finanzielle Zusagen geeignet, eher Konfusion zu stiften, da Bezugs- und Vergleichsgrößen früherer Zusagen fehlen. Unpräzise bleiben auch die Vereinbarungen auf dem für afrikanische Staaten besonders wichtigen Feld sozialer Grunddienste, insbesondere im Gesundheitsbereich. Die anzuerkennende Bereitschaft, mehr zur Bekämpfung von HIV/AIDS zu tun, vernachlässigt die systemischen Probleme im Gesundheitswesen, deren Überwindung eine der nachhaltigsten Investitionen in Afrikas Zukunft sein könnte.

Insgesamt hat das Konzept vertiefter Partnerschaft, die den Reformstaaten in Aussicht gestellt wird, keine schärferen Konturen gewonnen. „Reformpartnerschaft“ bleibt eine politische Worthülse, die weiterhin der

inhaltlichen Füllung und praktischen Umsetzung harrt.

Wie sieht die Bilanz im Bereich "Frieden und Sicherheit" aus? Mit dem Fachgespräch "Zivile Potenziale zur Krisenprävention und Konfliktlösung", einer Veranstaltung im Rahmen des VENRO-Projekts zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft, erhoffte sich der EED "neue Ideen und Vorstellungen für die zukünftige Partnerschaft zwischen der EU und Afrika", die die laufenden Debatten vor dem nächsten Afrika-EU-Gipfel während der portugiesischen Ratspräsidentschaft Ende 2007 bereichern können. In diesem Zusammenhang plädiert das Entwicklungspolitische Manifest zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 von VENRO „Afrikas Perspektiven – Europas Politik“ dafür, "Menschliche Sicherheit gegenüber einem defensiven Sicherheitskonzept [zu] stärken". In einem solch breiteren Verständnis von menschlicher Sicherheit sind natürlich auch die Machtbeziehungen zwischen Afrika und Europa interessant. Ungleich verteilte Wirtschafts- und Entwicklungschancen schaffen Konfliktpotenzial oder können es vergrößern.

Das Schlussdokument von Heiligendamm bleibt jedoch im Bereich „Frieden und Sicherheit“ unbefriedigend; zu deutlich steht die Stärkung militärischer afrikanischer Kapazitäten im Vordergrund. Die Aussicht darauf, dass zivile Konfliktbearbeitung ausgebaut oder wenigstens politisch aufgewertet würde, wurde mit vagen Formulierungen in eine ungewisse Zukunft verschoben.

Zwar wird über die Stärkung der "zivilen Komponente" der Afrikanischen Eingreiftruppe gesprochen und darunter die Stärkung "auch der polizeilichen Fähigkeiten" als ein "wichtiger Schritt" beschrieben. Eine Selbstverpflichtung kann in das Eingeständnis hineingelesen werden, dass "eine fortgesetzte Unterstützung dieser

Bemühungen durch die G8 erforderlich sein wird." Gänzlich allgemein und unverbindlich bleiben auf den ersten Blick die folgenden Feststellungen im Schlussdokument: "Wir bestätigten, dass militärische Lösungen allein den Frieden auf lange Sicht nicht sichern können. Stattdessen müsste auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen abgezielt werden, die notwendig sind, um menschliche Sicherheit und Stabilität zu fördern." Konkretisierungen fehlen und der häufige Gebrauch des Konjunktivs ist auffällig. Die G8 wollen der Afrikanischen Union ferner dabei helfen, "die unbefugte Verbreitung und den Missbrauch illegaler Klein- und Leichtwaffen zu bekämpfen und die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu stoppen."

Im Grunde kann man an solchen Formelkompromissen lediglich ablesen, welche Stichworte es bis in das Schlussdokument geschafft haben, und an welchen Überschriften künftige Forderungen und Beiträge zivilgesellschaftlicher Akteure anknüpfen können.

Ausblick

Es wird jetzt darum gehen müssen, die Unterstützung der G8 für Afrika in ein breites Konzept wirklich partnerschaftlicher Beziehungen zu überführen. Das Africa Partnership Forum ist dazu ein sinnvolles Instrument, sind daran doch auch solche OECD-Länder beteiligt, die nicht zum Kreis der G8 gehören. Dennoch wird das allein nicht reichen. Gerade die Europäische Union steht vor der Aufgabe, ihre Kooperation mit Afrika zukunftsorientiert zu gestalten. Nicht der übernächste G8-Gipfel, der wiederum NEPAD und den G8-Afrika-Aktionsplan beraten wird, sondern der für Dezember 2007 in Lissabon geplante EU-Afrika-Gipfel wird die nächste Gelegenheit bieten, Afrikas Perspektiven strategisch zu unterstützen.

Was also bleibt an Ideen und Vorstellungen festzuhalten, mit denen dieses Forum die Debatten zur zukünftigen Partnerschaft mit Afrika bereichern kann? Welche Aspekte der Beziehungen zwischen Afrika und den G8, zwischen Afrika und der EU sind für Fragen der

Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung besonders interessant? Die folgenden Stichpunkte greifen thesenartig einige Aspekte auf, an die angeknüpft werden kann.

Partnerschaft auf Augenhöhe praktizieren

Wer Ohren hatte zu hören, konnte sehr klar vernehmen, wie sich afrikanische Partner die Partnerschaft vorstellen, und welche Rolle darin NEPAD spielt. Dessen Bedeutung wurde von den PolitikerInnen und Militärs auf den Podien anerkannt, und daran kann man anknüpfen. Eine Partnerschaft ist das aber noch nicht. Wie sähe das aus, wenn die Prinzipien von NEPAD und aus dem APRM auf die Weiterentwicklung der strategischen Partnerschaft zwischen Afrika und Europa angewandt würden? Was könnte alles geschehen, damit eine "Ownership" durch die Menschen in Afrika wie in Europa entstehen könnte, die diesen Prozess aus den Routinen des internationalen Politikbetriebes befreite? Vielleicht gibt die Idee aus Afrika ja die Vorlage dazu? Eine kollegiale Überprüfung der EU-Afrika-Strategieentwicklung durch "eminent persons" aus der Zivilgesellschaft würde sicherlich interessante Empfehlungen erbringen.

In der Rhetorik geht nichts ohne Zivilgesellschaft...

Übereinstimmend wurde allseits die Bedeutung von Zivilgesellschaft betont: für Konfliktbearbeitung, für die soziale und die politische Entwicklung in Afrika, für die Gestaltung einer gerechten Globalisierung, ... Die Beiträge der Partner aus Afrika unterstrichen eindrucksvoll die Relevanz zivilgesellschaftlicher Akteure in den Entwicklungsprozessen und ihre wichtige Rolle bei der Reform der politischen Strukturen und Systeme. Desgleichen würdigten die Beiträge aus Politik und Militär die Rolle und Bedeutung von Zivilgesellschaft. Sofern sich die Strategieentwicklung zwischen EU und Afrika aber weiterhin in weitgehend abgeschlossenen Kreisen politischer Administration und Politik bewegt, fehlt hier in der Praxis ein Element, das nur in der Rhetorik eifrig bemüht wird.

Partnerschaft in der Konfliktbearbeitung ist mehr als die Pflege afrikanischer Standby-Forces

Wie umfassend zivilgesellschaftliche Akteure in Afrika an Konflikte herangehen, konnte man aus den Beiträgen der Partner erfahren. Darin wurde umso deutlicher, wie verkürzt die von der Politik benannten Prioritäten sind und wie wenig sie den Anforderungen und Realitäten entsprechen. Da reicht es auch nicht, in gemeinsamen Übungen vor Ort die internationalen Organisationen mit einzubeziehen. Die vor Ort aktiven und kundigen Organisationen und ihre Ansätze werden weiterhin übersehen. Sie brauchen eine eigene Öffentlichkeit im europäisch-afrikanischen Strategieprozess.

"Do No Harm" als Paradigma für die Partnerschaft mit Afrika?

Machtbeziehungen sind Konfliktbeziehungen, und Konflikte in Afrika sind nicht zu trennen von den Beziehungen zu dem umgebenden Umfeld. Diese afrikanische Perspektive wurde sehr deutlich. Das spricht dafür, die Kontexte von Sicherheit und Konfliktbearbeitung zu erweitern, insbesondere, wenn "menschliche Sicherheit" als Zielhorizont beschrieben ist. Konfliktbearbeitung und Zugang zu Weltmärkten gehören zusammen gedacht. Die Beziehungen zu Afrika nach dem "Do No Harm"-Prinzip zu gestalten, wäre ein echter Transfer von Erkenntnissen aus der Konfliktbearbeitung in die allgemeine Debatte um die Gestaltung der gemeinsamen Beziehungen.

Literatur

Evangelischer Entwicklungsdienst: Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Eine Untersuchung von Clive Robinson im Auftrag der „Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe“ (APRODEV), Juni 2005 (Deutsche Fassung Dezember 2005) herausgegeben von Brot für die Welt und EED, Bonn

<http://www.eed.de/de/de.col/de.col.d/de.sub.08/de.sub.info/de.info.139/index.html>

Evangelischer Entwicklungsdienst, 2007: Civilian Conflict Transformation and Peace-Building – a Challenge for Africa-Europe`s Policies. Background Briefing Paper, Bonn

<http://www.eed.de/de/de.col/de.col.d/de.sub.08/de.sub.info/de.info.357/index.html>

VENRO, 2007: Afrikas Perspektiven – Europas Politik. Entwicklungspolitisches Manifest zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, Bonn

<http://www.afrikas-perspektive.de/publikationen.html>

